

Daniel Keil

Das rechte Projekt permanenter Wutmobilisierung. Anmerkungen zur politikwissenschaftlichen Debatte um Spaltungslinien, Populismus und die Krise der EU

Der Artikel verfolgt die These, dass die Erfolge rechter Parteien und Bewegungen nicht auf deren rationalen Antworten auf Krisenphänomenen beruhen, die durch Globalisierungsprozesse entstanden sind, sondern auf der Mobilisierung irrationaler und widersprüchlicher Affekte. Diese permanente Wutmobilisierung ist in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang zu sehen und insbesondere mit autoritären Tendenzen von Staatlichkeit und Europäischer Union verknüpft. Vor dem Hintergrund einer ideologiekritischen Analyse zentraler rechter Dokumente und Texte rekonstruiert der Artikel diese Zusammenhänge. Nach einer Kritik dominanter Ansätze in Politikwissenschaft und Soziologie werden ein Begriff der politischen Form entwickelt und autoritäre Tendenzen in der EU skizziert. Vor diesem Hintergrund wird eine Bestimmung der heterogenen europäischen Rechten vorgenommen, um schließlich deren Strategien der Wut- und Affektmobilisierung herauszuarbeiten und einzuordnen.

Schlagwörter: Neue Rechte, AfD, Wutbürger, Hegemonietheorie, Europa

In der Politikwissenschaft wurde vor Corona intensiv eine Debatte darüber geführt, was die Gründe des Erstarkens rechter Bewegungen und Parteien seien. Vor allem das Verhältnis von Ökonomie und Kultur, und welche der beiden Dimensionen eine größere Bedeutung habe, stand dabei im Mittelpunkt. Auch wenn mit der Coronapandemie und ihren gesellschaftlichen Auswirkungen diese Debatte etwas aus dem Fokus verschwunden ist, können durch eine kritische Durchsicht Erkenntnisse gewonnen werden, die helfen können, auch die gegenwärtige Situation eines pandemischen Krisenkapitalismus und vor allem das bis zum Paradoxalen uneinheitliche Agieren rechter Parteien und Akteur*innen zu

analysieren. Den Hintergrund dieser Debatten bilden verschiedene in den letzten Jahren entwickelte Ansätze, die zwar jeweils unterschiedlich argumentieren, aber häufig amalgamiert werden. Im Folgenden werden zunächst deren zentrale Argumente kritisch zusammengefasst, um eine Position zu entwickeln, die deren Schieflagen und Leerstellen vermeidet. Das Einende dieser Ansätze besteht darin, die erfolgreiche Anrufung durch rechte Akteur*innen als irgendwie rationale Reaktion zu deuten, ohne das strategische Agieren rechter Akteur*innen zu berücksichtigen oder die politischen Rahmenbedingungen selbst kritisch zu analysieren. Demgegenüber versuche ich die These zu begründen, dass der Erfolg rechter Parteien und Bewegungen nicht in rationalen Antworten auf Globalisierungsprobleme, sondern in einem Zusammenspiel der Mobilisierung irrationaler und widersprüchlicher Affekte mit der Nutzung autoritärer Tendenzen der institutionellen Struktur und Form der Krisenpolitiken besteht. Das Zentrum autoritärer Politik ist das Streben nach institutionell abgesicherter Ausübung unmittelbarer Gewalt – dies ist ein Aspekt der häufig auch unterbelichtet bleibt. Nach einer Rekonstruktion der Debatte werde ich im Folgenden zunächst einen Begriff der politischen Form als Rahmen der Untersuchung entwickeln, im Anschluss daran autoritäre Tendenzen in der EU kurz skizzieren, eine Bestimmung der heterogenen europäischen Rechten vornehmen und schließlich die Wutmobilisierungsstrategien beleuchten und einordnen.

Neue Spaltungslinien?

Grundlegend ist die Annahme einer neuen gesellschaftlichen Spaltungslinie (vgl. Hooghe & Marks, 2018), die durch die Prozesse der Globalisierung entstanden sei. Diese neue Spaltungslinie kann nun sowohl ökonomisch als auch kulturell interpretiert werden: Sie verlaufe zwischen Globalisierungsverlier*innen und Globalisierungsgewinner*innen (vgl. Zürn, 2020, S. 164; Jörke & Nachtwey, 2017, S. 153) bzw. zwischen Befürworter*innen und Gegner*innen von Denationalisierungsprozessen (vgl. Widmann, 2016). Diese Annahme einer neuen Spaltungslinie ist theoretisch fundiert in der Cleavage-Theorie, die als Erklärungsmodell der

Entwicklung von Parteiensystemen aus gesellschaftlichen Spaltungslinien heraus entstand (vgl. Rokkan, 2000, S. 332ff.). Stein Rokkan – neben Seymour Martin Lipset einer der zentralen Entwickler dieser Theorie – analysiert vier Spaltungslinien im Zuge der Nationen- und Staatsbildung: erstens die Spaltung zwischen herrschender und unterworfenen Kultur (Zentrum vs. Peripherie), zweitens die Konfliktlinie zwischen Staat und Kirche, drittens die Linie zwischen primärem und sekundärem Wirtschaftssektor (Stadt und Land) und viertens die Linie zwischen Arbeiter*innen und Unternehmer*innen (Kapital und Arbeit) (ebd., S. 342ff.). In, wie Rokkan es nennt, »voll mobilisierten politischen Systemen« (ebd., S. 352) verschoben sich dann die Konflikte, die »nicht mehr gegen die traditionelle Kultur des Zentrums« gerichtet seien, sondern gegen

»die Netzwerke neuer Eliten, wie zum Beispiel die Führungsspitzen in den neuen riesigen Bürokratien in Industrie und Regierung, die Kontrollpositionen in den verschiedenen Sektoren der Kommunikationsindustrie, die Führungsköpfe der Massenorganisationen oder in einigen Ländern die Führer von einst schwachen oder unterprivilegierten ethnischen oder religiösen Minderheitsgruppen, und so weiter.« (ebd.)

In den unterschiedlichen historischen faschistischen und nationalsozialistischen Bewegungen nahmen nach Rokkan die Protestformen, die um diese Konfliktlinie lagen, einen „Anti-System“-Charakter an (ebd.). Diese Theorie wird also wieder aufgegriffen und nicht nur der Analyse des Aufstiegs populistischer Parteien zugrunde gelegt, sondern auch darüber hinaus strapaziert. Durch die Globalisierung sei also eine neue Elite entstanden, die transnational operiere, während die Subalternen, also die fragmentierten, beherrschten, (ökonomisch) ausgegrenzten Klassen, weiterhin in nationalen Gesellschaften organisiert seien. Damit erhält die neue Spaltungslinie sowohl eine ökonomische als auch eine kulturelle Dimension, indem die Kluft zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus betont wird (vgl. Zürn, 2020). Anders ausgedrückt findet sich diese Überlegung auch in der Soziologie, wo Reckwitz diese neue zentrale Konfliktlinie als eine zwischen »differenziellem Liberalismus« und »Kul-

turessenzialismus« (Reckwitz, 2017, S. 371ff.) begreift. Zentral ist hier die Annahme, dass sich mit dem ökonomischen (Neo)Liberalismus ein kultureller Liberalismus verbündet hätte, der die neue kosmopolitische Elite prägt. Somit sei ein »progressiver Neoliberalismus« (Fraser, 2017) entstanden, da »Emanzipationsprozesse in den letzten dreißig Jahren der Logik des Liberalismus« folgten, »in dem kulturelle Gleichstellung und ein deregulierter Markt miteinander verkoppelt sind« (Nachtwey, 2017, S. 224). Dadurch wären zwei kulturelle Blöcke entstanden, die sich diametral gegenüberstehen: die Green-Alternative-Libertarians und die Tradition-Authoritarian Nationalists (vgl. Zürn, 2020, S. 163). Dies resultiere unter anderem aus der Entwicklung sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien hin zum Neoliberalismus:

»Unsere These ist, dass durch die Annäherung an wirtschaftsliberale Überzeugungen sowie eine verengende Adaption des kulturellen Liberalismus sozialdemokratische Kräfte den Neoliberalismus gestärkt und zu einer Vermählung von ökonomischem und kulturellem Liberalismus beigetragen haben. Dadurch ging ihnen jedoch jener Teil des Elektorats verloren, der für Umverteilung und zugleich für Schließung ist. Es sind diese Wählerinnen und Wähler, die sich in den vergangenen Jahren verstärkt rechtspopulistischen Parteien zugewandt haben, in der Vergangenheit jedoch zu den Stammwählerinnen und -wählern sozialdemokratischer Parteien gehörten.« (Jörke & Nachtwey, 2017, S. 164)

So wird der Aufstieg rechter Kräfte vor allem als Entfernung linker Parteien von einem Teil ihrer Wähler*innenschaft gefasst, die dadurch eine Repräsentationslücke erzeugt hätten, in die nun rechte Parteien hinein stoßen können. Linke Politik hätte sich auf Identitätspolitikern verschoben (kultureller Liberalismus) und gleichzeitig ökonomische Interessen vernachlässigt, die aber, und das ist die Setzung, die gemacht wird, nur im nationalstaatlichen Rahmen bearbeitet werden könnten. Im Neoliberalismus hätte ein »allgemeine[r] Verlust der ökonomischen Souveränität« stattgefunden, was zu einer »Aufwertung der kulturellen Souveränität« führe (Appadurai, 2017, S. 19f.). Die Herkunft der Cleavage-

Theorie als Theorie der Entwicklung von Parteiensystemen kommt in diesen Ansätzen derart zum Tragen, als dass sie das begriffliche Instrumentarium und das Terrain der Theoriebildung formt. Vor allem reproduziert diese Debatte das rechte Theorem einer linken/linksliberalen Hegemonie, die alles Konservative unterdrücken würde. Zudem werden damit »all jene feministischen, Autoritäts- und Entfremdungs- oder anti-rassistischen Kritiken unsichtbar macht, die sich als nicht anschlussfähig an das neoliberale Projekt erwiesen haben und oft gerade deshalb aus dem Fokus der Öffentlichkeit verschwunden sind beziehungsweise aktiv bekämpft wurden« (van Dyk & Graefe, 2019, S. 419). Die Komplexität gesellschaftlicher Kämpfe verschwindet, wie auch die Genese und institutionelle Geschichte des Rassismus und seine Bedeutung für die Konstitution des Nationalen bleiben vollkommen außen vor. Diese schematische, unterkomplexe, Perspektive wird auch nicht verlassen durch die Versuche, eine polit-ökonomische Perspektive in die Debatte einzubringen und diese Unterscheidung kultureller und ökonomischer Spaltung aufzubrechen. Philip Manows Versuch, aus der Stellung nationaler Gesellschaften zur Globalisierung ein Erklärungsmodell des Populismus zu entwickeln, ist ein Beispiel dafür. Manows Grundthese, dass der Populismus »variiert, je nachdem, welcher der beiden Prozesse politisch problematisch wird, die Migration oder der Handel« (2018, S. 62f.) und je nach Lage von Arbeitsmarkt-Insidern oder -Outsidern getragen wird, wird dabei bisweilen eine »gewisse Plausibilität« (Biskamp, 2019, S. 469) zugestanden. Der Populismus, der sich gegen Handel richte, sei dann eher ein Linkspopulismus und derjenige gegen Migration dementsprechend ein Rechtspopulismus. Darin steckt eine problematische Annahme über die Struktur von Gesellschaft, was deutlicher heraustritt, wenn man bei dem Ökonomen Dani Rodrik nachliest, der eine wesentliche Grundlage der Argumentation Manows darstellt. Er legt seinen Überlegungen ein Modell zugrunde, das Gesellschaft in drei Gruppen teilt: »the elite, the majority and the minority. The elite are separated from the rest of society by their wealth. The minority is separated by particular identity markers (ethnicity, religion, immigrant status)« (Rodrik, 2018, S. 24). Eine solche Analyse macht sich von vorneherein blind gegenüber Klassenbestimmun-

gen oder komplexeren Annahmen über die Sozialstruktur kapitalistischer Gesellschaften. Somit wundert es nicht, dass in all diesen Ansätzen weder die Krisenentwicklungen des Kapitals, vor allem die Verwertungs- und Überakkumulationskrisen seit den 1970er Jahren und die Bedeutung der Arbeitskämpfe darin (vgl. Busch, 1978, S. 172ff.), noch die staatlich-repressive Zerschlagung von Massenstreiks und Gewerkschaftsorganisation zur Reorganisation der Kapitalakkumulation Erwähnung finden. Dazu folgen diese Vorstellungen einer Art Rational-Choice-Theorie, wonach die Subjekte aus rationalen Gründen gegen ein erkanntes Übel protestierten (vgl. Biskamp, 2019). Eine solche Annahme einer grundsätzlichen Rationalität populistischen Protests findet sich implizit bis explizit häufig in der Literatur. So bestimmt beispielsweise Lengfeld die Wahlentscheidung zugunsten der AfD als »zielbewusst und rational motiviert«, weil die Wähler*innen »die Sorge um den Verlust der kulturellen Identität umtreibt« (Lengfeld, 2018, S. 308) und Enno Stahl sieht in den ökonomischen Sicherungsbedürfnissen gegenüber der Globalisierung einen »rationalen Kern« in der Wahl rechter Parteien (Stahl, 2019, S. 47).

In solchen Annahmen steckt ein gewichtiges Problem: Sie enthalten ebenso Annahmen über die Beschaffenheit der gegenwärtigen Welt und damit, implizit, auch Überlegungen zu Krisenprozessen, die Reaktionen hervorrufen, die dann wiederum als rational eingestuft werden. Weder wird hierbei der Inhalt rechter Agitation noch das Ziel und die Form rechter Strategien der Analyse zugrunde gelegt¹. Als Maßstab scheint hier eine gesellschaftliche Formation – zumeist die nationale – zu fungieren, die durch Globalisierungsprozesse verändert werde. Das heißt, in der Beschreibung dessen, auf was ›der Populismus‹ reagiere, wird eine prinzipielle Annahme über eine funktionierende Gesellschaft ›vor‹ der Globalisierung – grundlegend eine Affirmation der politischen Form kapitalistischer Vergesellschaftung – getroffen. Kurz gesagt ist die Annahme einer neuen gesellschaftlichen Spaltungslinie zwischen dem Nationalen und dem Globalen als ursächlich für die Erfolge rechter Parteien »diskursprägend« (Bieling, 2018, S. 494) geworden. Eine herrschaftskritische Perspektive kann sich allerdings damit nicht begnügen, sondern muss viel-

mehr fragen, warum diese Erklärungsansätze so hegemonial wurden². Das führt wieder zu Manow zurück, und dessen These, dass es auf die Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates ankomme, welcher Teilprozess der Globalisierung – Handel oder Migration – politisch problematisch³ werde. Zum einen kann Manow damit beispielsweise den Aufstieg der Lega in Italien nicht erklären, die unter Salvini von einer Regional- zu einer Italienweiten Partei wurde und es bis in die Regierung schaffte.⁴ Zum anderen ist damit auch nicht geklärt, warum welcher Prozess von wem als politisches Problem betrachtet wird.⁵ Und hier muss die Analyse einsetzen, denn die Problembestimmung und die Durchsetzung einer spezifischen Problembestimmung ist ja nicht einfach so gegeben, sondern resultiert aus einem ganzen Komplex von gesellschaftlichen Prozessen. Im Folgenden gehe ich daher der These nach, dass die Erfolge rechter Parteien und Bewegungen durch eine Kritik der politischen Form analysiert werden müssen. Aus einer herrschaftskritischen Perspektive kann man die »spezifische Form, welche Politik in der bürgerlichen Gesellschaft annimmt, nicht als affirmierten Bezugspunkt der der Analyse« voraussetzen (Buckel & Martin, 2019, S. 244). Den Nationalstaat als quasi-natürlichen Maßstab anzunehmen, der sowohl von Prozessen der Globalisierung als auch von deren populistischer Bearbeitung getroffen wird, verkennt das Politische als relativ verselbständigte sozialer Form einer von Herrschaft und Widersprüchen durchzogenen Gesellschaft. Das lenkt den Blick einerseits auf gesellschaftliche Kämpfe, und andererseits auf die politische Form, in der diese Kämpfe stattfinden. Aus einer solchen Perspektive erscheint der Aufstieg rechter Parteien und Bewegungen nicht aus einer Spaltungslinie zwischen dem Globalen und dem Nationalen zu resultieren, sondern vielmehr als Teil der Formierung von gesellschaftlichen Kräften in krisenhaften Konflikten um die Rekonfiguration der relativen Trennung der Politik von der Ökonomie und der Verhältnisse von Staat und Gesellschaft (vgl. Kipfer & Saberi, 2016, S. 327). Dabei zeigt sich, dass sich die räumliche Anordnung politischer Herrschaft nicht in einem national-global-Dualismus erschöpft. Auch rechte Parteien und Bewegungen sind als in sich widersprüchliche Vereinigung von nationalen, europäischen und transnationalen Bezügen zu verstehen

(vgl. ebd., S 319; Worth, 2019). Auf diese Weise wird deutlich, wie rechte Akteur*innen an gesamtgesellschaftliche Tendenzen anknüpfen. Sie arbeiten nicht gegen die herrschende Ordnung, wie es die Rede vom Protest gegen Globalisierungserscheinungen suggerieren könnte, sondern an der Aufrechterhaltung und autoritären Zuspitzung um jeden Preis. Rechte Politiken zielen auf die Entfesselung unmittelbarer Gewalt und gründen auf einer permanenten Mobilisierung von Wutaffekten. Diese Strategien schließen dabei an Krisen der politischen Form und an institutionelle Risse und Brüche an, die in spezifischer Weise interpretiert und in Mobilisierungen übersetzt werden. Um das zu begründen, werde ich im Folgenden kurz einige Anmerkungen zur politischen Form machen, um im nächsten Schritt die Bedeutung Europas in diesen Prozessen herauszustellen und dann vor diesem Hintergrund die Bedeutung der Mobilisierung von Wutaffekten über eine spezifische Ansprache des Alltagsverstandes durch rechte Akteur*innen darzustellen.

Politische Form und gesellschaftliche Synthesis

Aus einer herrschaftskritischen Perspektive stellt sich die Frage, warum Politik im Kapitalismus diese besondere Form annimmt; warum sich die Allgemeinheit in Form des Staates ausdrückt. Durch die konfliktiven Verhältnisse von Ausbeutung und Mehrwertaneignung, die Organisation der Produktion in voneinander getrennten Privatarbeiten mit dem Zweck der Profitmaximierung, stellt sich der gesellschaftliche Zusammenhang erst vermittelt über die verselbständigte Form des Werts her. Wert ist zu verstehen als gesellschaftliches Verhältnis, das sich gegenüber den Menschen insofern verselbständigt hat, dass die Einzelnen sich darin einordnen müssen und keinen direkten Zugriff auf dessen Veränderung haben. Der Begriff der Form drückt diesen Sachverhalt aus. Aus sich heraus begründet diese Form aber weder gesellschaftliche Synthesis, also einen identifizierbaren, dauerhaften gesellschaftlichen Zusammenhang, noch ihre eigenen Voraussetzungen. Im Staat stellt sich die Synthesis vielmehr gleichzeitig in realer und illusorischer Form her. Die politische Form, relativ getrennt von den sozialen Klassen, ist die Form, in der sich die

gesellschaftlichen Konflikte ›bewegen‹ können. Der Staat stellt nun, als Materialisierung und Verdichtung der Kämpfe, eine vermittelte Form des Allgemeinen dar – nicht als Ausdruck eines allgemeinen Willens oder eines Allgemeinwohls, sondern vielmehr als Verallgemeinerung der Interessen einer sozialen Klasse(nfraktion), als »instabiles Kompromissgleichgewicht« (Gramsci). Aufgrund der Vielzahl gesellschaftlicher Interessen und Konflikte institutionalisiert sich der Staat nicht als monolithischer Block, sondern vielmehr als Ensemble von Apparaten, deren Einheit wiederum von der Bildung eines instabilen Kompromissgleichgewichts abhängt und damit davon, inwiefern es Klassen(fraktionen) gelingt, einen hegemonialen Block an der Macht zustande zu bringen. Gleichwohl bedeutet Verdichtung und Materialisierung, dass sich der Staat auch in relativer Autonomie zu den gesellschaftlichen Kämpfen etabliert, deren Resultate sich nicht unmittelbar niederschlagen (vgl. Keil, 2019). Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft und von Politik und Ökonomie ist daher ein Vermittlungsverhältnis, durch das zum einen gesellschaftliche Gruppen oder Klassen(fraktionen) ihre Interessen nur vermittelt in staatliche Politiken umsetzen können und keine dieser Gruppen oder Klassen(fraktionen) unmittelbaren Zugriff auf die Staatsapparate hat. Zum anderen bedeuten diese Vermittlungsmechanismen auch, dass die einzelnen Bürger*innen durch das Recht (als eine Vermittlungsinstanz) vor unmittelbarem willkürlichem staatlichem Zugriff geschützt sind. Diese Vermittlungen greift die heterogene Rechte an, um in beide Richtungen unmittelbare Zugriffe zu ermöglichen. Den Populismus vor diesem Hintergrund zu bestimmen, beugt dann der Gefahr vor, dass in Anlehnung an das Hufeisenmodell eine nichtpopulistische Mitte konstruiert wird, die aus der Analyse ausgespart bleibt. Zudem gerät derart die irrationale Konstitution von kapitalistisch organisierten Gesellschaften, die verselbständigten Formen der Reproduktionsverhältnisse, die zwar von den Menschen konstituiert werden, jene aber gleichzeitig unterwerfen, nicht aus dem Blick. Bürgerliche Politik, so kann im Anschluss an Heinz Steinert festgestellt werden, benötigt immer die subalternen Klassen, um ihre Partikularinteressen zu verallgemeinern, kann aber nur die Freiheit des Eigentums anbieten, über das jene nicht verfügen, und

deshalb auf ein »Großes und Ganzes« verpflichtet werden müssen (Steinert, 1998, S. 164f.). Die derzeitige rechte Formierung ist daher als Reorganisation gesellschaftlicher Kräfte im Kampf um die Bestimmung der Allgemeinheit zu analysieren. Die vom geläufigen Populismusbegriff verdeckten Prozesse des ›Mainstreaming‹ rechter Ideologeme wie auch die vermittelten Zusammenhänge zu gesellschaftlichen Krisenentwicklungen können so genauer betrachtet werden.

Die Verwerfungslinien Europas: Krise, Rassismus, Sicherheit

Die gesellschaftlichen Krisenentwicklungen werden in der Literatur um eine neue Spaltungslinie vor allem mit der Globalisierung und ihren Auswirkungen auf den Nationalstaat in Verbindung gebracht. Dass die Nationalstaaten häufig als »Opfer der ›Globalisierung‹« (Hoffmann, 2004) dargestellt werden, ohne Berücksichtigung ihrer Rolle in den Transnationalisierungsprozessen der Produktion und der politischen Schaffung inter- und transnationaler Apparate, führt zu einem unterkomplexen Verständnis politischer Ökonomie wie auch von der Beschaffenheit von Politikfeldern und der darin geführten gesellschaftlichen Konflikte. Ebenso außen vor bleibt in einer solchen Perspektive, dass (National)Staaten ganz grundsätzlich keine homogenen, monolithischen Gebilde sind. Vielmehr bestehen Staaten immer aus verschiedenen Apparaten, deren innere Kohärenz nicht a priori gegeben ist, sondern wird durch gesellschaftlich entwickelte (Hegemonie)Projekte, die sich aus unterschiedlichen Akteur*innen zusammensetzen, die auf der Basis einer ähnlichen Rationalität ein Staatsprojekt entwickeln, hergestellt (vgl. Wissel, 2019). Mit der EU haben sich zudem transnationale Staatsapparate entwickelt so wie sich umgekehrt auch die europäische Scale⁶ in den nationalen Apparaten eingeschrieben hat. So hat sich ein europäisches Ensemble von Staatsapparaten entwickelt, das dadurch gekennzeichnet ist, dass sich in der multiplen Krise kein Staatsprojekt entwickelt hat, das auf innere Kohärenz dieses fragmentierten Ensembles zielt, sondern vielmehr die konstitutionalisierte Austeritätspolitik einen autoritären Rahmen geschaffen hat, der die Wettbewerbsausrichtung des Binnen-

marktes an erste Stelle setzt. Neben der Festschreibung der Wettbewerbsausrichtung in den Europäischen Verträgen sind es insbesondere die europäische Schuldenbremse sowie die Maßnahmen der Economic Governance zur Bewältigung der Eurokrise, welche die Austerität autoritär festigten. Dies sind Formen eines Maßnahmenrechts, durch welches die europäische Exekutive massiv gestärkt und mit Sanktionskompetenzen ausgestattet wurde, die tendenziell die rechtsstaatliche Gewaltenteilung aufheben (vgl. Oberndorfer, 2012, S. 418). Zudem mangelt es auf der europäischen Scale an Apparaten und Institutionen des erweiterten Staates, bzw. der Zivilgesellschaft im Gramscischen Sinn, so dass es einen Überhang repressiver Apparate bei gleichzeitig sehr geringer Möglichkeit der Artikulation subalternen Interessen auf europäischer Ebene gibt (vgl. ebd.; Oberndorfer, 2020). Damit gehen räumliche Verschiebungen einher, die eine europäische Territorialität hervorbringen. Diese wird institutionell durch die Unionsbürgerschaft nach innen wie durch die europäischen Grenzen nach außen bestimmt. Verknüpft ist beides mit einer spezifisch europäischen Verdrängungspolitik: Europäische Identität wird institutionell materialisiert durch ein exterritorialisierendes Gedenken an Nationalsozialismus und Stalinismus als dem anderen der EU einerseits (vgl. Keil, 2015) und durch vollständiges Verdrängen der Kolonialgeschichte, die eben nicht nur zur Vorgeschichte der europäischen Staaten gehört, sondern auch zur Geschichte der Europäischen Gemeinschaften (vgl. Brunkhorst, 2019). Der institutionell eingeschriebene Rassismus ist grundlegend durch das europäische Grenzregime strukturiert, das durch »Zonen stratifizierter Rechte«⁷ (Buckel, 2013) eben auch Zugänge zum Wettbewerbsraum und Arbeitsmarkt gleichzeitig öffnet und schließt. Entstanden ist dabei die heute diskursprägende Figur des »illegalen Migranten«, materiell erzeugt und zur Gefahr gemacht, indem Migration politisch aus dem Kontext genommen und in einem Vokabular der »Sicherheit« re-imaginiert wird (vgl. Cetti, 2014; Fekete, 2018). Das Verhandeln (illegalisierter) Migration als Sicherheitsproblem ist der letzte verbleibende einheitsstiftende Faktor in den Konflikten innerhalb der EU auf diesem Politikfeld, der aber die Widersprüche in der Errichtung eines »europäischen Festungskapitalismus« (Georgi, 2019) nicht löst. Dies ist

verknüpft mit den autoritären Tendenzen der Bearbeitung der ökonomischen Krisenelemente in der Austeritätspolitik. Die daraus folgenden Spaltungen im Block an der Macht wie auch der Legitimationskrise der EU bei den Bevölkerungen, wird mit einer generellen Zentrierung von Sicherheit und Militarisierung begegnet (vgl. Robinson, 2018; Oberndorfer, 2019). Die Bearbeitung der politischen und ökonomischen Krise in Form von Sicherheitspolitik und dem Ausbau eines europäischen repräsentativen Ensembles drückt genau die Veränderungen im Verhältnis von Politik und Ökonomie, von Staat und Gesellschaft aus, die elementarer Bestandteil der Mobilisierung autoritären bis faschistischen Potentials sind. In beidem sind Tendenzen zu unmittelbarer Gewalt sichtbar.

Europäische (neue) Rechte⁸ – heterogen und transnational

Vor diesem Hintergrund ist die Frage, ob rechte Wahlerfolge nun ökonomische oder kulturelle Gründe haben, viel zu unpräzise gestellt. Ebenso greift die Erklärung aus einer neuen gesellschaftlichen Spaltungslinie durch die Globalisierung zu kurz. Und die von Philip Manow versuchte Erklärung von rechts- und linkspopulistischen Erfolgen aus der Stellung der jeweiligen Nationalstaaten in der globalen Ökonomie erweist sich auch als falsch. Das einende Problem dieser Ansätze besteht darin, dass die Anrufung von Wähler*innen im Mittelpunkt steht, nicht aber das strategische Agieren rechter Akteur*innen auf verschiedenen Politikfeldern und schon gar nicht im europäischen Raum – sondern immer nur national.

Dagegen sind rechte Parteien und Akteur*innen nicht zuletzt über das EU-Parlament europaweit vernetzt (McDonnell & Werner, 2019). Zudem zeigt sich auf der europäischen Ebene, dass die Annahme, populistische Parteien artikulierten und nützten maßgeblich Protest gegen die Globalisierung, zu kurz greift. Vielmehr verbaut eine solche Sicht den Blick auf die »programmatische Ambivalenz« als eines der »Wesensmerkmale« gegenwärtiger rechter Parteien in Bezug auf ökonomische Fragen (Ptak, 2018, S. 21). Am Beispiel der Austeritätspolitik zeigt bspw. Melinda Cooper, dass nicht nur zwischen rechten Parteien Unterschiede

zeigen, sondern innerhalb der Parteien, wie auch die Ausrichtung einer Partei schwanken kann (Cooper, 2020). Rechte greifen daher nicht einfach die Globalisierung an, sondern verfolgen Strategien, die an die Verschiebungen im Verhältnis von Politik und Ökonomie andocken und dabei dichotome Motive als Erklärungen setzen. Die Strategie, autoritäre Tendenzen durch Annehmbar machen rechter Ideologeme zu verstärken, muss daher insbesondere im Kontext der Krise der Demokratie und der Krise des europäischen Migrationsregimes verstanden werden. In beidem spielt wiederum die Europäische Union eine zentrale Rolle, denn in ihrer Entwicklung als spezifischer transnationaler Staatlichkeit ist sie wesentlicher Bestandteil der Rekonfiguration des Verhältnisses von Politik und Ökonomie. In der »Überkonstitutionalisierung« (Grimm, 2015, S. 333) der ökonomischen Ausrichtung auf Austeritätspolitik bei gleichzeitig äußerst schwacher Ausbildung von Institutionen des erweiterten Staates, in denen subalterne Interessen artikulierbar wären und Einfluss gewinnen könnten, ist die politische Gestaltbarkeit der einseitig wettbewerbsorientierten Ausrichtung quasi verunmöglicht, so dass die relative Autonomie politischer Institutionen prekär wird. Darin eingelassen sind repressive Entwicklungen, in denen die EU zu einem autoritären Festungskapitalismus umgebaut wird (vgl. Georgi, 2019b). Genau an diese Entwicklungen knüpfen rechte Bewegungen an, da hier an institutionelle Materialisierungen rassistischer Verhältnisse angedockt werden kann. »Festung Europa« ist ein von rechts affirmativ verwendetes Schlagwort, das in allen europäischen rechten Strömungen gebraucht wird. Der institutionelle Rassismus und die Aussetzung von Menschenrechten an europäischen Grenzen gehen einher mit einer Normalisierung rechter Ideologie (Griechenlands Grenze als »Europäischer Schild«⁹). Alle rechten Akteur*innen greifen dabei die Universalität des Rechts und insbesondere die Menschenrechte an: eine der zentralen Gemeinsamkeiten der heterogenen europäischen Rechten. Polit-ökonomisch steht das Projekt dieser Akteur*innen dafür, das Kapital gegen die Demokratie zu verteidigen und kurzfristige Akkumulationsinteressen gewaltsam durchzusetzen ohne Rücksicht auf langfristige Reproduktionspotentiale (daher auch die notorische Leugnung des Klimawandels). Dies knüpft an den europäischen

Sicherheitsdiskurs, an den Versuch der Schaffung eines neuen europäischen Projekts um Sicherheit und Militarisierung, an. Europa spielt dabei nicht nur eine Rolle als Abwehrbollwerk gegen Migration, sondern auch als Projektionsfläche für neue Reichsvorstellungen und für transnationale faschistische Ideen. Es ist nicht nur im Europaparlament längst eine europäische Rechte entstanden, die auf Ausnahmestände hinarbeitet. Diese transnationale Rechte ist dabei eben nicht homogen, weder in der Organisationsform noch in ihren inhaltlichen Schwerpunkten. Sie reicht von nationalkonservativen über Fraktionen des Neo/Ordoliberalismus – kurz der verschiedenen Strömungen des autoritären Liberalismus – bis hin zu völkischen Gruppen und Parteien, wobei letztere – wie die AfD, bzw. die Fraktion Identität und Demokratie im Europaparlament – Sammelbecken darstellen und in sich programmatisch ambivalent und heterogen sind.

Wut und Alltagsverstand: Strategien der (neuen) Rechten zur Vertiefung gesellschaftlicher Verwerfungen

Die entstandene europäische Rechte ist daher kein*e einheitliche*r Akteur*in, sondern ein sehr heterogenes Projekt, das zudem sich von anderen um die politische Macht konkurrierenden Projekten in dem zentralen Punkt abhebt, keine integrierende Zukunftsvorstellung zu entwickeln, sondern auf unmittelbare Herrschaft und Durchsetzung kurzfristiger Kapitalinteressen zielt. Durch die »Strategie der Immediatisierung« soll die Imagination einer »unvermittelten Verbindung, einem ›direkten Draht‹, zwischen Führung und Gefolgschaft, Regierung und Regierten« hergestellt werden (Frankenberg, 2020, S. 259) wodurch Krisenelemente anvisiert und verstärkt werden. Insbesondere zielen diese Strategien auf »Risse im Hegemonieapparat« (Gramsci), was konkret bedeutet, dass Apparate und Institutionen gesellschaftlicher Vermittlung und Konsensaushandlung, also Apparate des erweiterten Staates, angegriffen werden: Recht und Justiz, Bildungsapparate, Parlamente, Medien, Gewerkschaften usw. Diese Apparate und Institutionen sind ebenfalls solche, in denen sich subalterne Interesse in gesellschaftliche Kämpfe ein-

bringen und auch überhaupt selbst formen können. Genau diese Praxen können mit der Cleavage-Theorie nicht erklärt werden, da das Argument, dass sich in diesen Apparaten eine kulturelle Elite organisiere falsch wäre, bzw. eine solche Analyse die rechte Ideologie verdoppelt und mit wissenschaftlichen Weihen versieht. Ebenso zeigt sich hier, dass es eben nicht rational ist, die Apparate anzugreifen, in denen die, nicht zuletzt ökonomisch, Subalternen sich artikulieren und formieren können. Rechte Politiken wollen diese Möglichkeiten vielmehr zerstören. Die europäische Ebene ist hierbei vor allem deshalb bedeutsam, da sich hier diese Apparatur bisher sehr wenig ausgebildet hat und die Zentrifugalkräfte innerhalb des fragmentierten Ensembles besonders wirken. Rechte Strategien sind nun daraufhin ausgelegt, diese Zentrifugalkräfte zu erhöhen, Risse zu verstärken und Situationen unmittelbarer Gewaltanwendung zu erschaffen. Sie knüpfen sowohl an die grundlegenden irrationalen Momente kapitalistischer Vergesellschaftung als auch die konkreten Krisenerscheinungen an und interpretieren diese in einer immediatisierenden Weise. Sie zielen dabei nicht darauf, ein neues kohärentes Projekt zu entwickeln, sondern Situationen einer erregten Dauermobilisierung zu schaffen, die jeglichen gesellschaftlichen Aushandlungsprozess unterläuft und Konsensbildungen verunmöglicht. Jegliche gesellschaftliche Aushandlung oder Interessenartikulation gilt dabei nur als von außen kommende Zersetzung und Verfälschung eines an sich seienden, unmittelbar vorhandenen Kultur-/Naturzustandes eines Volkes, Europas oder der Nation. Dabei zielen sie in spezifischer Weise auf den Alltagsverstand und insbesondere auf den Wut-Affekt. Insofern ist die europäische Ebene zentral für diese Strategien, da die gesellschaftliche Konsensaushandlung in der Krise durch eine Aufrechterhaltung der Austeritätspolitik – und damit durch Verschiebungen im Verhältnis von Politik und Ökonomie – mehr oder weniger blockiert ist und der Angriff auf gesellschaftliche Interessenaushandlung und generell auf gesellschaftliche Vermittlungen hier an bestehende Risse und Verwerfungen anknüpfen kann. Hierfür wird auch Sprache an sich angegriffen und im strategischen Sinn umgedeutet, da es alleine um die »Zuspitzung der Begriffe und die Kennzeichnung der Gegner« (Kubitschek, 2007, S. 20) gehe. Der rechte Publizist

Thor von Waldstein benennt als eines der »zentralen Strategeme für eine Rückgewinnung politischer Handlungsfähigkeit« folgendes: »Eine sprachmächtige Wortergreifung, die Roß und Reiter nennt und die gezielt diese Tabuzonen und Sprechverbote unterläuft« (2015, S. 42). Indem also die Gegner*innen die Sprache zu einem »Jargon der Künstlichkeit« (Roth, 1980, S. 113) umgebaut haben, haben sie nach dieser Vorstellung gleichzeitig die politische Handlungsfähigkeit durch Veränderung der Sprache eingeschränkt, da »Tabuzonen« und »Sprechverbote« herrschen würden. Es geht nicht um mitreden, um mitentscheiden oder um eigene Interessen einzubringen, sondern um »unterlaufen« des gesellschaftlichen Konsenses. Das Benennen von »Roß und Reiter« bedeutet dabei zweierlei: einerseits tatsächlich persönliche Angriffe auf Gegner*innen und zum anderen die willkürliche Verknüpfung von Feindmarkierung und Politikfeld. Denn es geht generell nicht um eine synthetisierende, in sich schlüssige, politische Erzählung, sondern um situativ genutzte Möglichkeiten zur Diskurszerstörung. Mittels gezielter Invektiven sollen hegemoniale Werte erschüttert und delegitimiert werden¹⁰, der gesellschaftliche Konsens aufgekündigt. Es wird explizit kein eigenes Universalisierungsangebot formuliert, keine politische Zukunftserzählung als in sich stimmige entworfen, kein Kompromiss angestrebt.

Hier tritt ein Aspekt hinzu, der sowohl in hegemoniethoretischen Auseinandersetzungen als auch in der Auseinandersetzung mit dem rechten Gramscianismus häufig fehlt: der Aspekt des spezifischen Verhältnisses rechter Strategien und Akteur*innen zum Alltagsbewusstsein.¹¹ Mit der beschriebenen Strategie soll an unterschiedliche Elemente des Alltagsbewusstseins/Alltagsverstandes angeknüpft werden. Die zentrale Aufgabe metapolitischer Arbeit sei »[...] die in der öffentlichen Atmosphäre ständig präsenten Emotionen und Subjektivismen zu bündeln und einem sinnvollen Tätigkeitsgebiet zuzuführen« (Waldstein, 2015, S. 37). Hierbei werden je nach Tagesaktualität mal an diese, mal an jene Elemente angeknüpft, was den sprunghaften und teilweise unzusammenhängenden Charakter des rechten Projekts ausmacht¹². Volker Weiß stellt heraus, dass insbesondere Götz Kubitschek (als zentrale Figur eines rechten Projekts) »Ernst Jüngers Hoffnung auf die ›jungen Leute, die an

Temperaturerhöhung leiden« häufig zitierte. »Ein altes Programm. ›Gefühl geht vor Verstand‹, hieß es auch bei den ›Jungkonservativen‹ in den Zwanzigerjahren, die in Kubitscheks Kreis unter Berufung auf Armin Mohlers ›Konservative Revolution‹ als historische Vorbilder gelten.« (Weiß, 2017) Die Organisation und Mobilisierung von Emotionen zielt vor allem auf Zorn und Wut ab, intellektuell propagiert insbesondere durch den AfD-Politiker Marc Jongen, der im Rückgriff auf die Philosophie Platons den Begriff des »Thymos«¹³ in den Mittelpunkt stellt und ein »Thymostraining« zur Abwehr von Migration empfiehlt (Jongen, 2017). Der Begriff des Thymos dient dazu, Logos und Eros verantwortlich »für die Lage unserer Zeit« zu machen (Hindricks, 2019, S. 30). Dagegen werde der Thymos »sinnstiftend«, da er das »tote Gehäuse aus Logos und Eros zerbricht, indem er, gegen alle Berechenbarkeit und gegen allen Genuss, sich zornig und mutig der kontingenten Situation stellt« (ebd., S. 31). Thymos vereint daher die Ressentiments gegen Rationalität mit denen gegen Diversität und kann darin als Aktualisierung der antirationalen Stilisierung des Kampfes als Selbstzweck Anfangs und in der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts begriffen werden (vgl. ebd., S. 36f.; Weiß, 2017b). Ein »Autorenkollektiv unter Leitung von Erik Lehnert« der neurechten Sezession griff den Begriff des Thymos mit besonderem Blick auf den »Wutbürger« auf, um die Wut zu einem vereinigenden Faktor der »ziemlich bunten Truppe« (2017, S. 22) der »Konservative[n] im Widerstand« (so der Titel des Artikels) zu machen. Die Charakterisierung des sogenannten »Widerstandsmilieus« vom »Schläfer in der Jungen Union« über die »Biobäuerin« und den »IfS-Metapolitiker« bis zum »Tag-X-Heimwerker« (ebd., S. 22) hat vor allem das Ziel, innerhalb des rechten Projekts einen gemeinsamen Nenner zu finden, ohne tatsächlich inhaltliche Kompromisse einzugehen. Hauptangriffspunkt ist eine »spezifisch rechte Krankheit, die Distanzeritis« (ebd.). Übersetzt ist damit das Problem für Akteur*innen der extremen Rechten angesprochen, dass sich, nicht zuletzt durch öffentlichen Druck, manche rechte Akteur*innen von allzu offen Völkischen abgrenzen. Auch für Thor von Waldstein liegt darin ein zu überwindendes Problem (2015, S. 47ff.). Anhand von Beispielen aus AfD, Pegida und Junge Freiheit be-

mängelt er, dass sich manche Akteur*innen reflexhaft von rechtem oder rassistischen Gedankengut distanzieren, dabei seien Begriffe wie »rechts« oder »rassistisch« Kampfbegriffe des Gegners (ebd.). Dass es letztlich um die Legitimation von Gewalt geht, zeigt nicht nur die verharmlosende Bezeichnung von sogenannten Preppern und ihren Netzwerken, die sich auf einen Tag X vorbereiten und dafür Sprengstoff und Munition horten, Todeslisten erstellen und auch schonmal Löschkalk und Leichensäcke besorgten. Das Rekurrieren auf die Figur des Wutbürgers und letztlich auf Wut und Zorn als vereinigendes Element eines heterogenen rechten Projekts ist Ausdruck der Strategie, Vermittlungen und Reflexionsfähigkeit auszuschalten. Die Figur des Wutbürgers ist deshalb so interessant für die (neu)rechten Autor*innen, da die

»Einflüsterung, was als genehm und wünschenswert und angemessen gilt, [...] hier dramatisch an Macht [verliert, DK]. Die Ohnmacht wechselt für einen Moment die Seiten. Kurz: der Wutbürger und sein Tun sind authentisch und scheren sich wenig um Deutungshoheiten. Das Authentische birgt einen größeren Schutz vor Korruption als etwa Theorie- und Parteilarbeit.« (ebd., S. 25)

»Authentisch« ist hier das Schlüsselwort. Der Zugriff auf, bzw. die Artikulation von »Authentischem« ist zu verstehen als reflexionslose affektuelle Artikulation von Wut, die als eine Art Unmittelbares von rechten Akteur*innen organisiert und ausgerichtet werden will. Es ist auch der Ort, an dem sich das Alltagsbewusstsein in spezifisch affektiver Form zeigt. In der Wut artikuliert sich keine rationale Kritik, sondern ein Gefühl, ohne dass es eine Reflexionsschleife durchlaufen hätte; es artikuliert sich etwas, das verdrängt oder zumindest zurückgehalten wird, etwas Untergründiges. Die Wut zielt auch nicht auf Verstehen ab, sondern alleine auf ihre Artikulation; das Artikulierte selbst ist daher so widersprüchlich und abseits des normalen politischen Diskurses, da es außerhalb seiner Rationalität steht. Die Wut zielt auch nicht auf Einlass in den Diskurs, sondern auf dessen Zerstörung. In diesem Zugang zu einem »Authentischen« oder scheinbar Unmittelbaren liegt auch die Verbin-

dung zum Völkischen. »Authentisch« heißt auch, dass sich hier die ›Natur des Menschen‹ zeige. Marc Jongen rekurriert daher nicht zufällig auf die Theorie des Soziobiologen Heiner Mühlmann über die maximum-stress-cooperation, die er als »Natur der Kultur« (Jongen, 2017) interpretiert, in der es um Ereignisse der Gewalt gegen reale oder imaginierte Feinde geht, die kulturstiftend seien. »Natur« und das »Authentische« sind zu verstehen als spezifische strategische Zugriffe auf den Alltagsverstand, der sich insbesondere in der Wut widersprüchlich und inkohärent artikuliert. Diese Widersprüchlichkeit ist ein Wesen des rechten Projekts im Entstehen. Stuart Hall hat dies auch in der Ideologie des Thatcherismus festgestellt, anhand dessen er den Begriff des autoritären Populismus entwickelt hat: Der Thatcherismus war nicht trotz, sondern gerade durch seine Widersprüchlichkeit so erfolgreich (Hall, 2014, S. 234ff.). Es ist ein Wesensmerkmal autoritärer Projekte, dass sie nicht auf Kohärenz zielen, auch wenn sie nicht in herrschender Position sind, sondern sich diffus als rebellisch oder widerständig inszenieren, um möglichst viele Affekte zu mobilisieren und an den fragmentierten und inkohärenten Alltagsverstand anzuknüpfen.

Auch das ist nicht neu und der Kampf um den Alltagsverstand gehört für Gramsci zentral zu dem »Kampf um politische ›Hegemonien‹« (Gramsci, 1998ff., S. 1384; vgl. Opratko, 2012, S. 45). Gramsci selbst hat sich in seiner Auseinandersetzung mit dem Alltagsverstand mit einem der zentralen faschistischen Intellektuellen, Giovanni Gentile, auseinandergesetzt. Unter Alltagsverstand verstand Gramsci »eine ›Weltauffassung‹ [...], ein Selbst- und Weltbild, das nicht nur das Bewusstsein, sondern alltägliche Praxen, routinisierte Handlungen und auch unbewusste Dispositionen umfasst. Was den Alltagsverstand unter kapitalistischen Bedingungen charakterisiert ist sein widersprüchlicher ›inkohärenter‹ Charakter«. (Opratko, 2012, S. 44) In Gramscis Worten: »Der Alltagsverstand ist ein wirres Ineinander von philosophischen Auffassungen, und in ihm läßt sich alles finden, was man will.« (Gramsci, 1998ff., S. 1040) Daraus folgt eine bestimmte ›Aufgabe‹ für die Organisation von Hegemonie, bzw. das Erarbeiten eines gesellschaftlichen Konsenses. Gramscis Interesse lag dabei auf der Entwicklung eines progressiven

Projekts, das aus dem inkohärenten Alltagsverstand einen macht, »der wesentlich kritisch ist und sich keinen Normen ohne vorherige Prüfung unterwirft« (Opratko, 2012, S. 45). Es ist die Entwicklung eines zur Selbstkritik fähigen Alltagsverstandes, eines reflexiven Subjekts, das die Inkonsistenzen und Inkohärenzen des eigenen Denkens kritisch reflexiv bearbeiten kann, die Gramsci hier vorschwebt. »Die eigene Weltauffassung zu kritisieren heißt mithin, sie einheitlich und kohärent zu machen und bis zu dem Punkt anzuheben, zu dem das fortgeschrittenste Denken der Welt gelangt ist.« (Gramsci, 1998ff., S. 1376) Da der Alltagsverstand sich nicht nur aus Denkformen, sondern aus routinisierten Praxen zusammensetzt, in denen sich die Fundamente der bürgerlichen Gesellschaft, ihre Verkehrsformen und -verhältnisse, als quasi-natürliche – die kritische Theorie würde hier im Anschluss an Hegel und Marx von zweiter Natur sprechen – sind die Widersprüche der gesellschaftlichen Formzusammenhänge auch in diesen Praxen präsent aber auch verschleiert. Während bürgerliche hegemonieorientierte Politik zwar diese Praxen auch in einer vereinheitlichenden politischen Erzählung zusammensetzen muss, bzw. Hegemonieprojekte an die routinisierten Praxen des Alltagsverstandes anknüpfen und, da sie ja auch auf eine jeweils spezifische Gesellschaftsformation abzielen, auch die angestrebten Veränderungen damit irgend kompatibel machen müssen, ist die grundsätzliche Fähigkeit zur Reflexivität des Subjekts auch hier Bestandteil der hegemonieorientierten Politik. Dabei werden sie allerdings, im Unterschied zu Gramscis progressiven Projekt, die grundlegenden Fundamente, die tief verankerten Hegemonien der Nation, der Grenze usw. nicht in Frage stellen, sondern darauf aufbauen.

An diesen tief verankerten Hegemonien liegen Anknüpfungspunkte für das rechte Projekt, das allerdings in seinem Bezug zum Alltagsverstand gerade keine Kohärenz erzeugen will. Gramsci verdeutlicht dies an einem Zitat aus einem Aufsatz von Giovanni Gentile aus dem Jahr 1931:

»Die Philosophie könnte definiert werden als eine große, vom reflektierten Denken vollbrachte Anstrengung, um die kritische Gewißheit der Wahrheiten des Alltagsverstandes und des naiven Be-

wußtseins zu erlangen; jener Wahrheiten, von denen gesagt werden kann, daß jeder Mensch sie von Natur aus empfindet und daß sie die feste Struktur der Mentalität bilden, deren er sich bedient um zu leben.« (Gentile, zit. nach Gramsci, 1998ff., S. 1041)

Gentile hebt damit das Wissen des Alltagsverstandes in den Stand der Wahrheit, letztendlich um eine untergründige, ewige Wahrheit zu behaupten. »So spricht Gentile von ahistorischer ›menschlicher Natur‹ und von ›Wahrheiten des Alltagsverstandes‹, als ob sich nicht alles im ›Alltagsverstand‹ finden ließe und als ob es einen ›einzigsten Alltagsverstand‹ gäbe, ewig und unveränderlich.« (ebd.) Die ahistorische »menschliche Natur« ist auch nicht zufällig ein zentrales Problem neurechter Theoretiker, an dessen Bearbeitung sie versuchen sich aus dem Ruch des Faschismus zu lösen (paradigmatisch: Benoist, 1984). Dagegen wird die Kultur gesetzt, die wiederum selbst eine untergründige, nicht fassbare Struktur aufweist:

»Ein Aspekt, der von Gramsci in gut marxistischem, universalistischem Stil vergessen wurde (obgleich verschiedene seiner Zeitgenossen wie George Sorel, Vilfredo Pareto, Oswald Spengler und Gustave Le Bon nachdrücklich darauf hingewiesen haben), war der, daß jede kulturelle Gesellschaft der Ausfluß einer subrationalen Psychostruktur ist, d.h. die Erscheinungsform der spezifischen Mentalität eines Volkes. Gerade in diesem Spenglerschen Sinn erlangt der Kulturbegriff seine volle Bedeutung.« (Marlaud, 1984, S. 17).

Die Hervorhebung einer »subrationalen Psychostruktur« holt die Natur als irrationales Fundament wieder zurück in einer verkleideten Form. Das Ergebnis dieser Operation ist, dass die Kultur somit als »Erscheinungsform der spezifischen Mentalität eines Volkes« diese unmittelbare, subrationale Mentalität existentiell ist, wohingegen Veränderungen dieser Mentalität damit widernatürliche Eingriffe wären. Somit wird die »Natur« in den Kulturbegriff integriert und der blinde Zwang der Natur in der Kultur affirmiert. Diese Form des Denkens einer untergründigen,

subrationalen Struktur, findet sich immer wieder in rechtem Denken, manchmal auch mit einer Benennung der darin impliziten Gegnermarkierung. Bei Heidegger heißt es 1938, kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs, dass, mit Blick auf die Entscheidung zum Krieg, die »Entscheidung [...] keinesfalls Krieg oder Frieden, Demokratie oder Autorität, Bolschewismus oder christliche Kultur [lautet, DK] – sondern: Besinnung und Suche der anfänglichen Ereignung durch das Seyn oder Wahn der endgültigen Vermenschung des entwurzelten Menschen« (Heidegger, 2014, S. 192). Die antisemitische Chiffre des »entwurzelten Menschen«, der zu gewinnen drohe, zeigt, dass der Antisemitismus eine zentrale Rolle auch in der (neuen) Rechten spielt. Bei Benoist wird der Begriff zwar vermieden, dagegen aber die »Verwurzelung« als eines der zentralen Themen benannt: Der Mensch »ist Erbe eines Volkes, einer Familie, einer Kultur. [...] Wir durchleben in der Tat ein Zeitalter des kulturellen Krieges, in dem die egalitäre Offensive gegen alle kulturellen Besonderheiten eine entsprechende Antwort erfordert.« (Benoist, 1984, S. 8) Das Manichäische der authentischen Kultur/Natur und der feindlichen Universalität findet sich in allen rechten Erzählungen von der neuen gesellschaftlichen Spaltung zwischen globalen Eliten und nationalen Völkern. Hier bekommt das Authentische, dessen Bedeutung oben angesprochen wurde, seinen Rahmen und seine Feinde. Die Feindbilder haben sich seit Gentile nicht verändert: »Der von ihm [Gentile, DK] verabscheute ›plebejische Materialismus der Demokratie, der naturalistischen und positivistischen Wissenschaft, des Industrialismus, Sozialismus, Kosmopolitismus, Feminismus und all der anderen gängigen -ismen gleichen Schlages« (Gentile, 1918) bilden für Gentile das Haupthindernis für die Herstellung sozialer Einheit.« (Schattenfroh, 1999, S. 90) Der Zugriff auf den Alltagsverstand durch rechte Ansprache enthält eine spezifische Einheitsvorstellung, die das Widersprüchliche und sich widersprechende im Alltagsverstand unangetastet und unaufgelöst lassen kann. Mehr noch: So können insbesondere Affekte des Alltagsverstandes als einzige Wahrheit konstruiert werden. Bei Gentile hieß es dass »das was das was Gefühl genannt wird, ist immer auch ein großer Gedanke, der sich der Seele bemächtigt« (Gentile, zitiert nach Schattenfroh, 1999, S. 87) »Hierdurch

erhält die Einstellung des Menschen zu seinem Leben und seiner Umwelt den Anschein des Wissens anstelle des Glaubens. Wissen heiße aber Kenntnis der Wahrheit, neben der es keine zweite Wahrheit geben könne.« (ebd., S. 87f.) Leo Löwenthal hat die konkreten Techniken der Agitation, die sich aus diesem Fundament ergeben, als »umgekehrte Psychoanalyse« bezeichnet und im Zusammenhang mit Kulturindustrie und Antisemitismus in einen Komplex der Erfahrungsverunmöglichung gestellt (1990, S. 61f.). Konkret zielen die Techniken darauf ab, »Menschen im Zustand psychischer Abhängigkeit zu halten, neurotisches und sogar psychotisches Verhalten so zu fördern und zu festigen, daß es schließlich in der totalen Abhängigkeit von einem ›Führer‹ oder von Institutionen oder Produkten kulminiert« (ebd.). Ähnlich dem, was Gramsci bei Gentile festgestellt hat, nämlich zu verhindern, dass ein reflexiver Gebrauch der widersprüchlichen Rezeption der Welt im Alltagsverstand die Idee einer wünschenswerten Zukunft synthetisiert und die Widersprüche bearbeitet werden, stellte Löwenthal fest, dass anstatt »die inneren Ängste, verdrängten Wünsche und verinnerlichten Normen bewusst und befragbar zu machen, werden die schon vorhandenen Regressionsneigungen und Abwehrstrukturen verstärkt und politisch genutzt.« (Brunner, 2015, S. 31) Hegemonietheoretisch zeigt sich daher, dass es dem rechten Projekt nicht darum geht, ein Zukunftsbild zu entwerfen, das durch Kompromisse mit verschiedenen Gruppen aus diversen Interessen synthetisiert wird, sondern es geht darum, die affektuellen Bestandteile des Alltagsverstandes, insbesondere Wut, in den Stand als einzige Wahrheit über Gesellschaft zu heben, um genau jene Erfahrungsmöglichkeiten zu verhindern, die eine reflexive Nutzung des Alltagsverstandes bedeuten würden. Es wird damit zentral in der Ansprache das genaue Gegenteil von Hegemonie durch Kompromiss und Synthetisierung unterschiedlicher Interessen angestrebt: totale Dominanz und willkürliche Herrschaft. Die Einheit, die propagiert wird, ist immer nur die Einheit gegen den gemeinsamen Feind und die Rationalität, die von manchen Forscher*innen beispielsweise in der Wahl der AfD entdeckt wird (s.o.), entpuppt sich so als spezifischer Zugriff auf das Irrationale, das nicht nur auf eine psychische Struktur verweist, sondern gesellschaft-

liche Gründe hat. Adorno konstatierte, die Menschen sind »zwangsläufig [...] so irrational wie die Welt, in der sie leben« (1948, S. 46) und weist darauf, dass die Irrationalität in der prinzipiellen gesellschaftlichen Konstitution zu finden ist, und die historisch-spezifische Situation den Zugriff auf das Irrationale begünstigt. In dieser Ansprache des Alltagsverstandes wird das rebellische Element der Wut aufgegriffen und verschoben (vgl. ebd., S. 56), so dass die irrationale Gewaltförmigkeit der gegenwärtigen Gesellschaftsformation nicht nur unangetastet bleibt, sondern die Gewalt von den zivilisatorischen Einhegungen ›befreit‹ werden soll.¹⁴

Vorläufiges Fazit

Die kurze Skizze soll auf einige Probleme in der derzeit hegemonialen Forschung zu rechten Parteien und Bewegungen hinweisen. Sechs Punkte lassen sich kurz zusammenfassen, die meines Erachtens besonders wichtig sind:

1. Rechte Akteur*innen knüpfen an die Krisendynamiken der EU an und agieren dabei auch auf europäischer Ebene. Diese Krisendynamiken sind zentral für das Verständnis der Wirksamkeit rechter Strategien, da diese sich über die Jahre kaum geändert haben. Daher ist eine Analyse des gesellschaftlichen Kontextes zentral. Der Erfolg ihrer Strategien ist daher zurückzuführen auf ein Zerschlagen alter und die konfliktvolle Formung neuer Allianzen in der politischen Krise, an der die EU maßgeblichen Anteil hat.

2. Die häufig dichotomen Ansätze von Nationalstaat vs. Globalisierung reflektieren unzureichend rechte Strategien der inter- und transnationalisierten Zusammenarbeit und Ideologie. Vielmehr erweist sich die Markierung einer kosmopolitischen Elite als rechte Strategie zur Dauermobilisierung von Wutaffekten insbesondere gegen Institutionen gesellschaftlicher Vermittlung. Rechte Akteur*innen haben sich zu einer Kraft entwickelt, da sie auf der europäischen Ebene das Zerschlagen alter

Allianzen und Bündnisse sowie die Vertiefung von institutionellen Rissen vorantreiben um selbst mehr Einfluss zu gewinnen.

3. Das Verhältnis von Politik und Ökonomie und seine gegenwärtige Dynamik muss in die Analysen einbezogen werden, denn

4. Rechte Strategien zielen auf dieses Verhältnis und darauf, die Differenz der Gesellschaft gegenüber dem Staat durch Ausschaltung universaler Rechte in unmittelbaren Gewaltverhältnissen aufzuheben.

5. Hierfür muss rechte Mobilisierung nicht als »rationaler Protest« verstanden werden, sondern als spezifische Verstärkung irrationaler Momente des Alltagsverständes mit dem Ziel, rationale Aushandlungen über gesellschaftlich gewünschte Entwicklungen zu zerstören. Das rechte Projekt ist eines der Zerstörung und kein Korrektiv der Demokratie.

6. Europa ist darin ein zentraler Topos. Die darin enthaltenen Vorstellungen sind in ihrem Verhältnis zur bestehenden institutionellen Struktur des krisenhaften Staatsapparate-Ensembles zu analysieren.

Die Analyse rechter Politiken muss daher aus einer prinzipiell herrschaftskritischen Perspektive erfolgen, sonst läuft man Gefahr, bestehende Herrschaftsverhältnisse und ihre Bedeutung für rechte Akteur*innen zu übersehen wie auch das »Drama des Normalzustandes« (Hürtgen, 2019) zu negieren.

► Anmerkungen

- 1 Dabei gerät aus dem Blick, was Adorno schon über die Propaganda des Nationalsozialismus feststellte, und was auch auf gegenwärtige rechte Agitation zutrifft: »Und wenn man sich heute etwa die Propaganda des Nationalsozialismus ansieht, dann wird man dabei auf die merkwürdige Tatsache stoßen, daß das Versprechen des Glücks, der Erfüllung, der Positivität eigentlich eine merkwürdig geringe Rolle dabei spielt und daß eher eine Art Glorifizierung des Opfers, der Negativität des Verzichts, schließlich des Todes dort zu finden ist [...]«. (Adorno, 1960, S. 240)
- 2 Cas Mudde (2019, S. 169f.) formuliert die These, dass das Vordringen des Narrativs von einfachen Leuten als politischen Opfern einer abgehobenen Elite bis in akademische Kreise zur problematischen Normalisierung der populistischen radikalen Rechten gehöre. Daran anschließend kann man sagen, dass sich

die Ansätze, die eine solche neue Spaltungslinie sehen, wenig bis gar nicht mit rechten Strategien auseinandersetzen.

- 3 Es ist zudem fragwürdig, mit welchen Bestimmungen Manow arbeitet, wenn er mehrmals von »generösen Leistungen« (Wohlfahrt) oder einem angeblich »liberalen Migrationsregime« der EU spricht.
- 4 In diesem Prozess war, laut einer Untersuchung der Facebook-Posts von Salvini und des offiziellen Lega-Accounts insbesondere der Dreiklang Terrorismus, Sicherheit und Migration im Zentrum der Agitation Salvinis als auch der Lega (vgl. Albertazzi et. al., 2018).
- 5 So gibt es bisher fast keine Analysen, warum denn die AfD einen solchen Erfolg bei Staatsbediensteten bzw. Beamten hat, da sich bisher vieles um das Wahlverhalten von Arbeiter*innen dreht. Für Brandenburg stellen Falkner und Kahrs fest: »Unter noch im Staatsdienst aktiven Beamten stieg der Anteil der AfD-Stimmen von 13% in 2014 auf überdurchschnittliche 28% in 2019.« (2019, S. 12).
- 6 Mit dem Begriff Scale werden räumliche Dimensionen der politischen Ökonomie gefasst, womit die Probleme der Metapher des Mehrebenensystems vermieden werden. Räumliche Bezüge gesellschaftlicher Praxen sind nicht aufgeschichtet wie in Mehrebenensystemen, sondern durchkreuzen und überlagern sich.
- 7 Buckel unterscheidet vier Zonen stratifizierter Rechte: die Unionsbürgerschaft, die legale Migration, den Flüchtlingsschutz und die illegalisierte Migration (2013, S. 60ff.). Die Trennung von Bevölkerung und Nicht-Bevölkerung liegt zwischen der die vollen Rechte garantierenden Unionsbürgerschaft und den anderen drei Zonen, die jeweils unterschiedliche Stufen des Zugangs zu Rechten darstellen.
- 8 Ausführlich zu (neu)rechten Europavorstellungen siehe Keil, 2020.
- 9 So Ursula von der Leyen angesichts der Lage an der griechisch-türkischen Grenze nachdem griechische Grenzpolizisten Flüchtende mit Tränengas beschossen haben und neofaschistische Banden geradezu Jagd auf Journalist*innen und NGO-Mitarbeiter*innen machten. <https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-eu-spitze-dankt-griechenland-europaeischer-schild-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200303-99-163084> (Stand: 22.3.2022).
- 10 Beispielsweise finden sich immer wieder Angriffe auf die Menschenrechte, die zur Grundlage des demokratischen Wertekanons gehören.
- 11 Alain de Benoist hingegen wies in einem paradigmatischen Aufsatz auf die Bedeutung des Alltagsverstandes hin, wenn er schreibt, dass für Gramsci sogar der »gesunde Menschenverstand« in der Konsensbildung wichtig sei (1984, S. 7).

- 12 In dem Schwanken zwischen gegensätzlichen Positionen während der Covid-19-Pandemie (die Regierung hat zu spät und zu schwach gehandelt – aber alle Einschränkungen sind Freiheitseinschränkungen und müssen sofort beendet werden; zwischen diesen Positionen schwankt bspw. die AfD) kommt dies zum Ausdruck.
- 13 In den öffentlichen Diskurs wurde der Begriff des Thymos von Peter Sloterdijk wieder eingebracht. Er entnimmt den Begriff aus der griechischen Philosophie, wo er als Zornesregung von der Vernunft (Logos) und der Begierde (Eros) unterschieden wird (vgl. Quélenec, 2020). Sloterdijk verwendete den Thymos-Begriff im Zusammenhang mit seinem Angriff auf den Sozialstaat, den er ganz abschaffen wollte. Marc Jongen, der den Begriff in der AfD populär gemacht hat, war Schüler Sloterdijks.
- 14 »Der Rebell gegen die Zivilisation wird zu grenzenlosen Wutausbrüchen angestachelt, weil die Macht, die den Barbaren in ihm unterdrückt, selbst barbarisch ist. Er will in einer chaotischen Welt leben und lieber alles zerstören, als in einer Kultur leben zu müssen, von der er weiß, daß sie lediglich ein System ist, das den Machterhalt der Herrschenden gewährleistet. Da er sein Leben andernfalls nicht ertragen könnte, wird die latente Wut auf seine Unterdrücker, die stärker sind als er, übertragen und gegen die durch die Zivilisation korrumpierte Idee des Guten selbst gerichtet. Diese Verschiebung ermöglicht ihm außerdem, den Weg des geringsten Widerstands zu gehen und die zu verfolgen, die ohnehin schwach sind.« (Adorno, 1948, S. 56) Ähnliches stellte Walter Benjamin fest, als er konstatierte, dass der »Faschismus versucht, die neu entstandenen proletarischen Massen zu organisieren, ohne die Eigentumsverhältnisse, auf deren Beseitigung sie hindrängen, anzutasten« (1980, S. 506).

► Literatur

Adorno, Theodor W. (1948[2019]). Bemerkungen zu »The Authoritarian Personality« von Adorno, Frenkel-Brunswick; Levinson, Sandford. In Theodor W. Adorno, *Bemerkungen zu »The Authoritarian Personality« und weitere Texte. Herausgegeben von Eva-Maria Ziege* (S. 21–70). Berlin: Suhrkamp.

Adorno, Theodor W. (1960). Die Autoritäre Persönlichkeit. In Theodor W. Adorno, *1949–1968* (S. 239–264). Berlin: Suhrkamp.

Albertazzi, Daniele, Giovannini, Arianna & Seddone, Antonella (2018). »No regionalism please, we are *Leghisti!*« The transformation of the Italian Lega Nord under the leadership of Matteo Salvini. *Regional & Federal Studies*, 28:5, 645–671.

- Appadurai, Arjun (2017). Demokratiemüdigkeit. In Heinrich Geiselberger (Hrsg.), *Die Große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit* (S. 17–35). Berlin: Suhrkamp.
- Benjamin, Walter (1980). Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit. Zweite Fassung. In Walter Benjamin. *Gesammelte Schriften Bd.1–2. Abhandlungen* (S. 471–508). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Biskamp, Floris (2019). Ökonomie ist kulturell, Kultur ist ökonomisch. Zu den Grenzen einer Politischen Ökonomie des Populismus. *PROKLA, H. 196, 49(3)*, 463–476.
- Bieling, Hans-Jürgen (2018). Die »Krise der Politik« als Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und neuer Konfliktlinien. *Das Argument, Nr. 328, 60(4)*, 492–501.
- Brunkhorst, Hauke (2019). Die verdrängte koloniale Vergangenheit. In Daniel Keil & Jens Wissel (Hrsg.). *Staatsprojekt Europa. Eine staatstheoretische Perspektive auf die Europäische Union* (S.19-40). Baden-Baden: Nomos.
- Brunner, Markus (2015). Vom Ressentiment zum Massenwahn. In Charlotte Busch, Martin Gehrlein & Tom David Uhlig (Hrsg.), *Schiefheilungen. Zeitgenössische Betrachtungen über Antisemitismus* (S. 13–36). Wiesbaden: Springer VS.
- Buckel, Sonja (2013). *Welcome to Europe - die Grenzen des europäischen Migrationsrechts: juridische Auseinandersetzungen um das "Staatsprojekt Europa"*. Bielefeld: Transcript.
- Buckel, Sonja & Martin, Dirk (2019). Aspekte einer gesellschaftskritischen Theorie der Politik. In Ulf Bohmann & Sörensen, Paul (Hrsg.). *Kritische Theorie der Politik* (S.243–266). Berlin: Suhrkamp.
- Busch, Klaus (1978). *Die Krise der Europäischen Gemeinschaft*. Köln & Frankfurt. Europäische Verlagsanstalt.
- Cetti, Fran (2014). Europe and the 'Global Alien': The Centrality of the Forced Migrant to a Pan-European Identit. In Radeljić, Branislav (Hrsg.), *Debating European Identity: bright ideas, dim prospects* (S. 115-144). Oxford: Peter Lang.
- Cooper, Melinda (2020). Anti-Austerity on the Far-Right. In William Callison & Zachary Manfredi (Hrsg.), *Mutant Neoliberalism. Market Rule and Political Rupture*, (S. 112–145) New York: Fordham University Press.
- Fekete, Liz (2018). *Europe's Fault Lines. Racism and the Rise of the Right*. London: Verso.
- Frankenberg, Günter (2020). *Autoritarismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Fraser, Nancy (2017). Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In Heinrich Geiselberger (Hrsg.), *Die Große Re-*

gression. *Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit* (S. 77–91). Berlin: Suhrkamp.

Georgi, Fabian (2019). Kämpfe der Migration im Kontext. Die Krisendynamik des europäischen Grenzregimes seit 2011. In Daniel Keil & Jens Wissel (Hrsg.), *Staatsprojekt Europa. Eine staats-theoretische Perspektive auf die Europäische Union* (S. 207–230). Baden-Baden: Nomos.

Georgi, Fabian (2019b). Turbulenter Festungskapitalismus. Migration und Grenzregime zwischen Realität und Dystopie. In Carina Book, Nikolai Huke, Sebastian Klauke & Olaf Tietje (Hrsg.), *Alltägliche Grenzziehungen. Das Konzept der »imperialen Lebensweise«, Externalisierung und exklusive Solidarität* (S. 27–43). Münster: Westfälisches Dampfboot.

Gramsci, Antonio (1998ff.). *Gefängnishefte* (GH). Hamburg: Argument.

Grimm, Dieter (2015). Auf der Suche nach Akzeptanz. Über Legitimationsdefizite und Legitimationsressourcen der Europäischen Union. *Leviathan*, 43(3), 325–338.

Hall, Stuart (2014). *Populismus Hegemonie Globalisierung. Ausgewählte Schriften 5*. Hamburg: VSA.

Hindrichs, Gunnar (2019). Thymos, *Merkur*, 73, Nr. 841, 16–31.

Hoffmann, Jürgen (2004). Deutschland – eine »Basarökonomie«? Globalisierung, »global sourcing« und das »Modell Deutschland«. *Prokla* 136, 34(3), 417–433.

Hooghe, Lisbet & Marks, Gary (2018). Cleavage theory meets Europe's crises: Lipset, Rokkan, and the transnational cleavage. *Journal of European Public Policy* Vol.25 Issue 1, 109–135.

Hürtgen, Stefanie (2019). Konkurrenz und xenophobe Kulturalisierung im transnationalen Raum der Lohnarbeit. In Carin Book, Nikolai Huke, Sebastian Klauke & Olaf Tietje (Hrsg.), *Alltägliche Grenzziehungen. Das Konzept der »imperialen Lebensweise«, Externalisierung und exklusive Solidarität* (S. 94–107). Münster: Westfälisches Dampfboot.

Jörke, Dirk & Nachtwey, Oliver (2017). »Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie. Zur politischen Soziologie alter und neuer Arbeiterparteien«. In dies. (Hrsg.), *Das Volk gegen die (liberale)Demokratie* (S. 163–186). Baden-Baden: Nomos.

Keil, Daniel (2015). *Territorium, Tradition und nationale Identität*, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Keil, Daniel (2019). Identitätsfragen. Nationale und europäische Identität in der Krise. In: Daniel Keil & Jens Wissel (Hrsg.), *Staatsprojekt Europa. Eine staats-*

theoretische Perspektive auf die Europäische Union (S. 195–204). Baden-Baden: Nomos.

Keil, Daniel (2020). Europa und die (neue) Rechte. Die Mehrdimensionalität der Europa-Imagination (neu)rechter Bewegungen. In Friedrich Burschel (Hrsg.), *Autoritäre Formierung. Der Durchmarsch von rechts geht weiter* (S. 60–85). Berlin: RLS. Online:

https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte_25_Autor_Formierung.pdf (Stand 06.03.2020).

Kipfer, Stefan & Saberi, Parastou (2016). The Times and Spaces of Right Populism: From Paris to Toronto. In Leo Panitch & Greg Albo (Hrsg.), *The Politics of the Right* (S. 312–332). London: Merlin Press.

Lengfeld, Holger (2018). Der »Kleine Mann« und die AfD: Was steckt dahinter? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70, 295–310.

Löwenthal, Leo (1990). Adorno und seine Kritiker, in: Löwenthal, Leo. *Judaica Vorträge Briefe. Schriften 4* (S. 59–73). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Manow, Philip (2018). *Die Politische Ökonomie des Populismus*. Berlin: Suhrkamp.

McDonnell, Duncan & Werner, Annika (2019). *International Populism. The Radical Right in the European Parliament*. London: Hurst & Company.

Mudde, Cas (2019). *The Far Right Today*, Cambridge: Wiley & Sons.

Nachtwey, Oliver (2017). Entzivilisierung. Über regressivere Tendenzen in westlichen Gesellschaften. In Heinrich Geiselberger (Hrsg.), *Die Große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit* (S. 215–231). Berlin: Suhrkamp.

Oberndorfer, Lukas (2012). Die Renaissance des autoritären Liberalismus? Carl Schmitt und der deutsche Neoliberalismus vor dem Hintergrund des Eintritts der »Massen« in die europäische Politik. *Prokla, H. 168, 42*, 413–431.

Oberndorfer, Lukas (2020). Between the Normal State and the Exceptional State Form: Authoritarian Competitive Statism and the Crisis of Democracy in Europe. In Stefanie Wöhl & Elisabeth Springler & Martin Pachel & Bernhard Zeilinger (Hrsg.), *The State of the European Union. Fault Lines in European Integration* (S. 23–44). Wiesbaden. Springer VS.

Oberndorfer, Lukas (2019). Grenze, innere Sicherheit, Rüstung – Von der Krise zum Europäischen Ensemble repressiver Staatsapparate? In Daniel Keil & Jens Wissel (Hrsg.), *Staatsprojekt Europa. Eine staatsrechtliche Perspektive auf die Europäische Union* (S. 231–254). Baden-Baden: Nomos.

Opratto, Benjamin (2012). *Hegemonie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Ptak, Ralf (2018). Ménage-à-trois: Neoliberalismus, Krise(n) und Rechtspopulismus. In Alexander Häusler & Helmut Kellershohn (Hrsg.), *Das Gesicht des völkischen Populismus. Neue Herausforderungen für eine kritische Rechtsextremismusforschung* (S. 20–37). Münster: Unrast.
- Quélenec, Bruno (2020). Thymos und heroische Männlichkeit: Von Leo Strauss bis zur AfD. Online: <https://gegneranalyse.de/bruno-quelenec-thymos-und-heroische-maennlichkeit-von-leo-strauss-bis-afd/#Fu%C3%9Fnoten> (Stand: 8.09.2021).
- Reckwitz, Andreas (2017). *Die Gesellschaft der Singularitäten*. Berlin: Suhrkamp.
- Robinson, William (2018). The next economic crisis: digital capitalism and global police state. *Race & Class Volume 60(1)*, 77–92
- Rodrik, Dani (2018). Populism and the economics of globalization. *Journal of International Business Policy 1/2018*, 12–33.
- Rokkan, Stein (2000). *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schattenfroh, Sebastian (1999). *Die Staatsphilosophie Giovanni Gentiles und die Versuche ihrer Verwirklichung im faschistischen Italien*. Frankfurt u.a: Lang.
- Stahl, Enno (2019). *Die Sprache der Neuen Rechten. Populistische Rhetorik und Strategien*. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.
- Steinert, Heinz (1998). *Kulturindustrie*. Münster. Westfälisches Dampfboot.
- Van Dyk, Silke & Graefe, Stefanie (2019). Wer ist schuld am Rechtspopulismus? Zur Vereinnahmung der Vereinnahmungsdiagnose: eine Kritik. *Leviathan, 47(4)*, 405–427.
- Weiß, Volker (2017). Das Brüllen des Alpha-Männchens. <https://taz.de/!5399015/> (Stand: 31.07.2020).
- Weiß, Volker (2017b). Faschisten von heute? "Neue Rechte" und ideologische Traditionen, <https://www.bpb.de/apuz/257660/neue-rechte-und-ideologische-traditionen>, (Stand: 12.02.2021).
- Widmann, Peter (2016). Wandel und Wut. Zur politischen Soziologie des Neoliberalismus. In Wolfgang Benz (Hrsg.), *Fremdenfeinde und Wutbürger. Verliert die demokratische Gesellschaft ihre Mitte?* (S.29–44). Berlin: Metropol.
- Wissel, Jens (2019). Staatsprojekt Europa in Zeiten von Krise und gesellschaftlicher Desintegration. In Keil, Daniel & Wissel, Jens (Hrsg.), *Staatsprojekt Europa. Eine staatstheoretische Perspektive auf die Europäische Union* (S.41-60). Baden-Baden: Nomos.

Worth, Owen (2019). *Morbid Symptoms. The Global Rise of the Far-Right*. London: Zed Books.

Zürn, Michael (2020). Zurück zur Sozialistischen Internationale? *Leviathan*, 48(2), S. 161–175.

► Quellen

Autorenkollektiv unter der Leitung von Erik Lehnert (2017). Konservative im Widerstand, oder: Du bist nicht allein! *Sezession* 77/April 2017, 22–25.

Benoist, Alain de (1984). Was ist die Neue Rechte?. *Junges Forum*, Nr.1-2/1984, 5–14.

Heidegger, Martin (2014). Überlegungen IX. In Martin Heidegger, *Überlegungen VII–XI (Schwarze Hefte 1938/39), Gesamtausgabe Bd. 95* (S. 176–272). Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann.

Jongen, Marc (2017). Migration und Thymostraining. Vortrag beim Institut für Staatspolitik, https://www.youtube.com/watch?v=cg_KuESI7rY (Stand: 6.09.2021).

Kubitschek, Götz (2007). *Provokation*. Schnellroda: Antaios.

Marlaud, Jacques (1984). Die Eroberung kultureller Macht. *Junges Forum*, Nr.1-2/1984, 15–24.

Roth, Hans-Georg (1980). Kulturrevolution durch Sprache, Medien, Pädagogik. *Criticon. Mai/Juni 1980*, 113–116.

Waldstein, Thor von (2015). *Metapolitik. Theorie – Lage – Interaktion*, Schnellroda: Antaios.